

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Voranmeldungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Aenderungen im Kriegs- ernährungs- und im Kriegsamt

Zwei der wichtigsten Ämter unserer Kriegsführung haben neue Leiter bekommen: Das Kriegsernährungsamt und das Kriegsamt. Das ist eine so bedeutsame Tatsache, daß wir ihr unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Herr von Batocki ist von der Leitung des Kriegsernährungsamtes zurückgetreten. Es muß Verwunderung erregen, daß dieselbe Person, die infolge fast 1 1/2-jähriger Tätigkeit den tiefsten Einblick in unser gesamtes Ernährungsproblem gewonnen hat, in einem Zeitpunkt abtritt, wo Experimentieren nicht mehr am Platze ist. Gewiß ist der Weg unserer Ernährungspolitik klar vorgezeichnet. Tritt jedoch ein Wechsel in der leitenden Person ein, begibt man sich aufs neue damit auf den Weg, besonderer persönlicher Ansichten und davon abhängiger Zufälligkeiten. Herr von Batocki hatte sein Amt in schwieriger Zeit übernommen. Unsere gesamte Ernährungspolitik befand sich infolge des Gehenslassens und des zaghaften Zugreifens der verantwortlichen Instanzen in einer fast unübersehbaren Lage. Es war ein sehr undankbares Erbe, das hier angetreten werden mußte. Im Handumdrehen konnte Ordnung nicht hineingebracht werden. Das mußte allmählich geschehen. Dies war um so weniger leicht, als unsere Ernährungsmöglichkeiten sich immer schwieriger gestalteten, auch der Widerstand in Erzeuger-, Händler- und einem Teil der Verbraucherkreise wuchs. Außerdem scheiterte manches an der engen Absteckung der Befugnisse des Kriegsernährungsamtes und an dem Widerstand widerstrebender Behörden. Man braucht nicht mit allem einverstanden sein, was Herr von Batocki geleistet. Aber man muß sein ehrliches Bestreben anerkennen, das Beste zu wollen. Er hat sich nicht von einseitigen Interessensgesichtspunkten leiten oder treiben lassen, sondern sein Leitmotiv war, wie kann die Volksernährung während des Krieges unter allen Umständen gesichert werden. Durch seine letzte große Tat, die Herbeiführung einer allgemeinen Preisreduktion, ist die Grundlage gefunden worden, von der man hoffen muß, daß sie unsere ganzen Ernährungsschwierigkeiten auf eine sichere und weniger reibungsvolle Bahn gelenkt hat.

Aus dem Kriegsernährungsamt ist ein Reichsernährungsamt geworden. Nicht mehr allein für die Friedenszeit ist es errichtet worden. Seit der Reichsernährungsamtes ist Herr von Walbow, bisher Regierungspräsident in Pommern, geworden. Wird er neue Wege in unserer Ernährungspolitik einschlagen? Bis jetzt ist er ein unbeschriebenes Blatt. Man sagt ihm nur nach, er habe die Kartoffelbelieferung in Pommern am besten durchgeführt. Wir müssen vor allem vor neuem Experimentieren warnen. Dafür haben wir wirklich keine Zeit mehr. Es muß auf den Bahnen kraftvoll vorwärts geschritten werden, die vorgezeichnet sind. Wir kommen nach unserer Auffassung damit am ehesten zu einem Ausgleich zwischen Produzenten und Verbraucher und damit zur Sicherung unserer Volksernährung während des Krieges überhaupt.

Ebenso überraschend wie der Rücktritt des Herrn von Batocki ist der Rücktritt des Generals Gröner von der Leitung des Kriegsammtes. Amtlich wird der Rücktritt damit begründet, ein Teil der dem Kriegsamt zugewiesenen Tätigkeit gehe an das Kriegsernährungsamt über, auch werde eine weitere Einschränkung des Dienstbereichs des Kriegsammtes angestrebt. General Gröner wurde bei Gründung des Kriegsernährungsamtes in dessen Vorstand berufen. Durch seine Mitarbeit an den Aufgaben unserer

Volksernährung hat er jedenfalls umfangreiche Erfahrungen gesammelt. Später hat er die Organisation des Kriegsammtes übernommen und durchgeführt. Wir können nicht recht begreifen, daß gerade derjenige vom Schauplatz seiner bisherigen Tätigkeit abtritt, der infolge der gesammelten Erfahrungen am ehesten in der Lage ist, fruchtbringende Arbeit zu vollbringen. Der Nachfolger muß sich erst wiederum einarbeiten, da ihm die Aufgaben mehr oder weniger fremd liegen. General Gröner geht zum Frontdienst zurück. An seine Stelle tritt Generalmajor Scheuch. Wir haben nicht ohne weiteres die Ueberzeugung, daß die angegebenen Gründe die wirklichen sind, die zum Rücktritt General Grönners führten. Jedenfalls sind Umstände vorhanden, von denen man nicht weiß, ob nicht gerade sie die ausschlaggebenden beim Wechsel in der Leitung des Kriegsammtes gewesen sind. Diese mögen im Hilfsdienstgesetz und in der Art seiner Ausführung liegen. Sie bewegen sich vorzugsweise nach der Seite der Bewertung und Behandlung der Arbeiter und ihrer Organisationen.

Der starke Widerstand der Großindustrie gegen die soziale Ausgestaltung des Hilfsdienstgesetzes ist bekannt. Erst in den letzten Tagen wurde in einem Anschlag von Kommerzienrat Nöchling auf seinem Hüttenwerk in Böttlingen betont, die Gewerkschaftssekretäre hätten das Hilfsdienstgesetz in Grund und Boden verboden. Insbesondere die Arbeiterausschüsse und die Bedingungen, unter denen der Arbeiter nicht verweigert werden darf, haben den Unwillen der Großindustrie erregt. Auch daß das Kriegsamt sich nicht bereit fand, die Gesellen in die Ausschüsse des Hilfsdienstgesetzes wahllos hineinzunehmen, vielmehr der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften Rechnung zu tragen sich genötigt sah, hat die Unzufriedenheit in Scharfmacherkreisen nur vermehrt. Natürlich fiel dieses auf General Gröner zurück, und es ist bekannt, daß infolgedessen zwischen ihm und der Großindustrie ein ziemlich gespanntes Verhältnis bestand.

Man kann annehmen, daß der Rücktritt Grönners von der Gegnerschaft in Großindustriekreisen gefördert, wenn nicht gar veranlaßt ist. Man redet neuerdings auch von einer Aenderung des Hilfsdienstgesetzes, und zwar von einer schärferen Fassung einzelner Paragraphen. Wenn damit gemeint sein soll, daß die Interessenvertretung der Arbeiter, wie sie jetzt im Hilfsdienstgesetz besteht, eine Einschränkung erfahren soll, dann können wir nicht umhin, unsere stärksten Bedenken dagegen auszusprechen. In diesen Fragen hat nach Beurteilung aller Umstände heute immerhin große Vorsicht obzuwalten. Jedenfalls hat die Art der Behandlung der Arbeiter und ihrer Organisationen, wie sie unter Grönners Leitung üblich war, keine neuen Reibungen erzeugt, und wo welche vorhanden waren, sie nach Möglichkeit zu lindern gesucht. Gewissen radikalen Kreisen würde Wasser auf die Mühlen geliefert, wenn ein Umschwung in dieser Praxis eintreten würde. Wir sagen noch einmal, daß man nur mit größter Vorsicht an die Lösung solcher Fragen herantreten darf. Wir befinden uns im vierten Kriegsjahr. Das ist etwas anderes, als wenn man im Anfang eines Krieges steht, wo das Band von patriotischen Hochrufen überhäupelt wird. Die Lasten und Leiden des Krieges schaffen eine Stimmung, die man nicht noch mit anderen Dingen beschweren darf. Dazu rechnen wir die Behandlung der Arbeiter. Wir wollen gewiß die Munitionserzeugung auf das größtmögliche Maß gesteigert wissen. Wir wollen dies aber nicht durch einen Zwang erreicht sehen, wie ihn scharfmacherische Kreise wünschen, sondern durch die frische und freudige Mitarbeit aller Arbeiter. Wir hoffen und wünschen, daß die neue Leitung des Kriegsammtes von diesen Anschauungen sich tragen läßt. General Gröner hat un-

tere Anerkennung dafür, daß er die Erreichung des gesteckten Zieles auf einem Wege zu lösen versucht hat, den die Arbeiter mit ihm gemeinsam gehen konnten. Sie werden die frische und offene Art, mit der Gröner ihnen gegenüberstand, nicht vergessen. Sie möchten wünschen, daß dies Gemeingut in unseren gesamten öffentlichen Einrichtungen würde.

Das Räffelcafen um Stockholm

Kommt sie, oder kommt sie nicht, die internationale Sozialisten-Konferenz in Stockholm, von der ihre Befechter den Weltfrieden erwarten? Dieses Räffelcafen scheint nunmehr in den Gesichtskreis nackter Wirklichkeit getreten zu sein. Man kann sagen, daß, wenn sie überhaupt stattfindet, sie nichts Vollständiges, sondern nur mehr noch ein Kumpfparlament mit etwas mehr oder weniger einseitiger Zusammensetzung sein wird. All die kühnen Träume, die sich an Stockholm klammerten, brechen damit jämmerlich zusammen.

Es klingt wie eine Ironie, daß gerade die sogenannten demokratisch regierten Länder es sind, die das Zustandekommen der Konferenz gewaltsam verhindern. Auf das Wort gewaltsam ist besonderer Nachdruck zu legen; denn in allen feindlichen Staaten haben die sozialdemokratischen Parteien, in England die Arbeiterpartei, die Teilnahme an der Konferenz beschlossen. Aber ihre Regierungen erlauben ihnen die Teilnahme nicht. Selbst die neueste aus dem St. getrocknete „Demokratie“ Rußland ist hoch erfreut über ein Nichtzustandekommen der Konferenz.

Nach langen und scharfen Auseinandersetzungen haben die französischen Sozialisten und die englischen Arbeiterpartei die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beschlossen. Darin liegt ein bemerkenswerter Umschwung gegen früher. Bisher lehnten die Benannten mehr oder weniger schroff eine Zusammenkunft mit den Sozialdemokraten der verbündeten Mittelmächte ab. Sie sind nunmehr bereit dazu. Um den Unfall zu verbrämen, betonen sie noch recht laut, auf der Konferenz ein Hochgericht über die Schuldigen am Kriege zu veranstalten. Die Sozialdemokraten der Mittelmächte sollen als Angeklagte vor der Konferenz erscheinen, um von ihren feindlichen Genossen zur Buße in Sad und Nöche verurteilt zu werden. Bisher dachten sich die Franzosen und Engländer diese Verurteilung so, daß die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten ihren eigenen Ländern die Mittel zur Weiterführung des Krieges verweigern und ihnen alle jene Hindernisse bereiten sollen, die der Sieg der Entente als Voraussetzung braucht.

Diese hochtrabenden Pläne sind durch die Ereignisse freilich stark gedämpft worden. Die englisch-französisch-italienischen Offensiven dieses Jahres sind schmachlich zusammengebrochen. Rußland befindet sich in den schlimmsten inneren Zuckungen. Die Revolutions-Offensive in Galizien brach schnell zusammen und wandelte sich sehr bald in eine Niederlage von außerordentlicher Tragweite um. Der U-Boot-Krieg schickt Tag für Tag Tausende kostbarer Schiffsregisterstücken und unersehbares Material auf den Meeresgrund. Die Kriegsfolgen machen sich in den feindlichen Ländern immer stärker bemerkbar. Die amerikanische Hilfe steht dagegen noch in weiter Ferne. Die bisher in den uns feindlichen Ländern zur Schau getragene Siegesgewißheit steht vor dem Zusammenbruch. Die Enttäuschung in den uns feindlichen Ländern muß darüber um so größer sein, als ihnen das schmachliche Ende der Mittelmächte in greifbarer Nähe gerückt worden war. Enttäuschung über Enttäuschung. Weder ein militärischer Zusammenbruch erfolgte, im Gegenteil glänzende Siege, noch eine finanzielle und wirtschaftliche Niederlage. Die neue Entente steht dem deutlichen Volk zur Ver-

füllung, wodurch das Durchhalten über ein weiteres Kriegsjahr gesichert ist. Angesichts dieser Entwicklung ist's begreiflich, daß die Kriegsstimmung in den uns feindlichen Ländern allmählich auf dem Nullpunkt anlangt. Aber ihre Regierenden wollen auch heute noch nicht die Ausichtslosigkeit ihres Beginns einsehen. Sie sehen zwar das Schreckgespenst der Niederlage in greifbarer Nähe, sie fürchten aber um so mehr die Folgen für ihre eigene wertvolle Persönlichkeit. Daher hoffen sie noch, wie ein Ertrinkender nach jedem Strohhalm greift, das Kriegsglück auf ihre Seite reifen zu können. Gewalttätig versuchen sie, ihre Völker in der Kriegsstimmung zu erhalten, und sie unterbinden jede Möglichkeit, die geeignet sein könnte, den Friedenswillen ihrer Völker zu stärken und zu vermehren. Aus diesen Gründen heraus haben sie auch beschlossen, ihren Sozialisten die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz zu verbieten.

Das Bemerkenswerteste sind die Vorgänge in England, insbesondere die Begleitumstände, die zum Austritt des englischen Arbeiterministers Henderson aus dem Ministerium führten. Henderson war als Beauftragter seiner Regierung in Rußland. Er hat die Stimmung des russischen Volkes an Ort und Stelle studieren können. War er bisher Gegner der Teilnahme an einer internationalen Sozialisten-Konferenz, so erklärte er sich nunmehr für die Teilnahme. Und die englische Arbeiter-Partei beschloß mit über zwei Dritteln Majorität den Gang nach Stockholm. Lloyd George war über diesen Beschluß ganz entsetzt. In einem Schreiben an Henderson machte er diesem den Vorwurf, der Arbeiter-Partei gewisse Tatsachen vorenthalten zu haben, die ein anderes Abstimmungsergebnis gezeitigt hätten, auch habe er das Ministerium im ungewissen über seinen Schritt gelassen. Lloyd George gab in diesem Schreiben an Henderson Stellen aus einer Mitteilung des russischen Diktators Kerenski wieder, woraus geschlossen werden muß, daß Kerenski nicht nur ein Gegner der Stockholmer Konferenz ist, sondern daß er auch den Krieg mit Entschiedenheit fortzuführen gewillt ist.

Nicht minder merkwürdig ist die Schwertung der russischen Regierung. Aus der neuesten „Demokratie“ hat sich wiederum eine Autokratie entwickelt. Der ehemalige Sozialist und Revolutionär Kerenski ist zum Diktator ernannt worden. Er erblickt das Heil Rußlands nicht in einem Friedensschluß, der nur allein geeignet wäre, das Land von seinen schweren Nöten zu befreien und in eine geordnete Entwicklung zu lenken, er erblickt vielmehr die Aufgabe Rußlands darin, den Krieg bis zur Vernichtung der Mittelmächte fortzuführen. Es kümmert ihn gar nichts, was die Maximalisten und Minimalisten, die Bolschewisten, und wie die -isten alle heißen, wollen und erstreben. Er regiert mit Blut und Eisen. Mit den westlichen Demokraten ist er eines Sinnes: Kampf gegen die Mittelmächte bis zur Vernichtung.

Das deutsche Volk braucht sich durch diese Vorgänge nicht täuschen zu lassen. Die Friedensstimmung in den feindlichen Ländern nimmt rapide zu. Wir wissen, daß der Zeitpunkt kommt, wo die feindlichen Staatsmänner gezwungen sind, dem Druck ihrer Völker zu folgen. Dadurch, daß sie heute noch den starken Mann spielen, werden sie ihre Position nicht verbessern und den Zusammenbruch nicht aufhalten. Das deutsche Volk kann diesen Zeitpunkt geduldig erwarten. Gewiß erstreben wir auch jetzt noch einen Verständigungsfrieden. Wollen ihn unsere Feinde nicht, können wir warten. Wir wissen, daß die Zeit für uns arbeitet. Wir wissen aber auch ebenso, daß schwere Stürme uns bevorstehen. Statt einer Friedenskonferenz rüsten die Gegner zu neuen fürchterlichen Schlägen.

Aus diesen Vorgängen ist manche Lehre zu ziehen. England, Frankreich und Amerika führen einen Verrat an das autokratisch regierte Deutschland auf. Sie erklären, mit einer militaristisch-autokratischen Regierung keine Friedensverhandlungen führen zu wollen, sondern nur mit einem demokratisch regierten Deutschland. Ständig führen sie die Worte der „Selbstbestimmung der Völker“ im Munde. Nur Deutschland sei dieses Glückes noch nicht teilhaftig geworden. Das Verbot der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz zeigt, daß alle die Worte von „Demokratie und Selbstbestimmung“ im Munde der feindlichen Staatsmänner nur Phrasen und jeder Schwundel sind. Sie werfen mit diesen Schlagworten nur zu dem Zweck um sich, um das deutsche Volk in sich unruhig zu machen und die deutsche Welt feindlich gegen uns zu beeinflussen. Die Zurückweisung der ihnen von uns gebotenen Friedensschluß, die Aufstellung bahnmöglicher Friedensbedingungen, die Behinderung der Teilnahme der Sozialisten an der Stockholmer Konferenz, lehren uns aber deutlich und deutlich, daß die Regierungen Deutschlands bei Lloyd George und Henderson nur die vorübergehende Handlung des Scheiterns sind. Das deutsche Volk und seine Verbündeten müssen sich nicht täuschen lassen, als die Regierungen der feindlichen Völker sich nicht mit uns abfinden wollen, sondern daß sie nur die Zeit abwarten, um uns zu vernichten.

ihren Eroberungsabsichten niedergeschlagen und ein Frieren erkämpft ist, der den Lebensinteressen des deutschen Volkes volle Rechnung trägt.

„Der Voyerhieb gegen Stockholm“

Zu dem Verbot der Teilnahme der englischen, französischen und amerikanischen Sozialisten an der Stockholmer Konferenz schreibt der „Vorwärts“ unter vorstehendem Stichwort u. a.:

„Für die deutsche Arbeiterschaft ist mit dieser Handlung eine Situation von ungeheurer Klarheit geschaffen worden, einer Klarheit, der gegenüber es kein Versäumnis und kein Kopf-in-den-Sand-Steden gibt.“

Die Erkenntnis, deren wir uns jetzt mit jeder Faser bewußt sein müssen, lautet: die westlichen Entente-Staaten sind jetzt entschlossen, den Krieg bis zur Entscheidung der Waffen durchzuführen. Sie verwerfen jede Verständigung, ehe nicht ein Teil am Boden liegt. Sie wollen den Krieg nicht beenden, ehe sie ihre Raubziele und Verschmetterungspläne gegenüber Deutschland durchgesetzt haben.

In keinem Augenblick des Krieges ist vielleicht so klar gewesen, daß eine Verlängerung nicht zu vermeiden ist. Aber in keinem Augenblick des Krieges war gleichzeitig so klar, daß die Schuld dieser Verlängerung ganz allein und ausschließlich unsere Gegner trifft, daß Deutschlands Wille auf Verständigung und Beendigung des Krieges wohl da ist, aber von der Gegenseite nicht erwidert wird.

Wenn wir von Verlängerung des Krieges sprechen, so sind wir uns damit bewußt, daß dieses Wort Trauer und Niedergeschlagenheit in unzählige Herzen senken wird. Niemand wird uns den Vorwurf machen können, daß wir den Schmerz derer nicht mitempfunden, die täglich und stündlich unter den ungeheuren Schrecknissen des Weltkrieges leiden. Wir sind im Geiste in diesem Augenblick bei den Kameraden draußen im Schützengraben, der auch einem großen Teil der Männer, die heute wieder im Innern Palast treiben, nicht fremd ist. Wir malen uns die unmitelbaren Gebrüder der Feldgrauen, die auf baldige Heimkehr zu Weib und Kind hoffen, mit innigstem Mitgefühl aus, wenn wir ihnen erklären: der Krieg wird noch fortbauern.

Aber wir fragen sie gleichzeitig: Sagt selber, was soll geschehen, was sollen wir tun gegenüber der einen ehernen Tatsache, daß unsere Gegner nicht mit uns Frieden schließen wollen?! Welches Entgegenkommen kann noch fruchten oder von Aussicht auf Erfolg begleitet sein gegenüber den Regierungen, welche ihren Sozialisten die Pässe nach Stockholm verweigern?! Keine Worte konnten ihre feste Entschlossenheit zur Fortführung des Krieges sinnfälliger ausdrücken als diese eine Tat!

Ja, was bleibt? Wir sind zur Verständigung bereit, man weigert uns die Verständigung. Wir sind mit Vernichtung bedroht, wir müssen uns wehren, wenn wir nicht selber unsere Vernichtung wollen. Hart, aber auch einfach steht diese Erkenntnis vor uns. Die Antwort auf die ausgestreckte Friedenshand ist die schmetternde Voyerjaust gewesen! In diesem Augenblick gibt's nur noch eine Möglichkeit: uns unserer Haut wehren.“

Haben wir bisher etwas anderes gesagt? Wir tazierten die Verschmetterungsabsichten unserer Gegner richtig ein und wollten daher unser Volk nicht innerlich schwach gemacht sehen. Wenn wir aber gezwungen werden, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, sollen wir dann noch die Selbstbescheidung üben, die in der sozialdemokratischen Friedensformel enthalten ist? Der „Grundstein“, der gegen unseren Artikel allerhand Verrentungen machen muß, um seinem Angriff gegen uns einen Schein von Berechtigung zu geben, mag in den Auslassungen des „Vorwärts“ auch unsere Antwort erblicken. Wir sind damit einer solchen entzogen.

Neue Treibereien

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet unter dem 14. August folgende Mitteilung:

„In letzter Zeit sind wiederum Handzettel in Kriegsbetrieben verteilt worden, in denen zum Streit aufgefordert wird. Von der Vaterländischen Gesinnung der deutschen Arbeiter wird mit Bestimmtheit erwartet, daß sie den landesverräterischen Aspien anonymer Voyer mit der gebührenden Verachtung antworten und es ablehnen, in Arbeit niederzulegen, während in Ost und West unsere tapferen Truppen im schwersten Kampfe stehen.“

Es muß mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich diese Mitteilung auf Talsachen stützt. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter sich mit einer solchen Voyerjaust nicht abfinden werden.

tun, wie bei den Arbeitseinstellungen im April anlässlich der Brotkürzung. Da gegenwärtig jeder äußere Grund zur Arbeitseinstellung ganz wegfällt, ist man genötigt, anzunehmen, daß rein politische Beweggründe hinter dem Versuch, einen neuen Putzsch zu inszenieren, stehen. Um welche Kräfte es sich handelt, danach braucht man nicht lange zu forschen. Es sind jene Desperados, die sich um Diebstahl und die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gruppieren.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß derartige Versuche sich nicht auf einen Ort beschränken, sondern wie ein Flugfeuer über das ganze Land hinwegbrausen. Es ist daher notwendig, frühzeitig zu warnen und darauf aufmerksam zu machen, welchen Interessen mit einer Arbeitseinstellung gedient wird. Wir sagten schon, daß ein äußerer Grund, wie die Brotkürzung im April, nicht vorliegt. Im Gegenteil, die Brotkürzung ist auf ihr altes Maß erhöht worden. Die Kartoffellieferung bewegt sich in günstigeren Bahnen. Auch Gemüse steht der Bevölkerung in größerer Menge zur Verfügung. Nachdem die neue Ernte in Angriff genommen werden konnte, kann von einer Notlage, wie wir sie hinter uns haben, nicht mehr die Rede sein. Freilich bleibt viel noch Aufgabe, Erschütterungen wie im vergangenen Frühjahr zu verhüten.

Wenn also der äußere Grund, der zu den Arbeitseinstellungen im April führte, wegfällt, was bleibt alsdann noch übrig? Man kann nicht zu dem Schluß kommen, daß jene verbrecherischen Kreise, die die Arbeitseinstellung propagieren, etwa glauben, damit das Ende des Krieges zu beschleunigen. Ganz gewiß nicht, denn alle derartigen Spekulationen haben bisher das Gegenteil bewirkt. Um so schlimmer, daß nicht bedacht wird, daß mit diesen Putzschversuchen nicht nur die Interessen des deutschen Volkes aufs schlimmste gefährdet und den Feinden Vorschub geleistet, sondern daß auch das kostbare Leben Hunderttausender deutscher Soldaten gefährdet wird. Jede Granate, die weniger hergestellt wird, muß mit Blut aufgewogen werden. Diejenigen, die nicht ihre Arbeitspflicht erfüllen, machen sich daher direkt zu Mitschuldigen am Tode so mancher braven deutschen Soldaten. Unsere Feinde aber triumphieren. Nicht nur, daß sie die Ueberlegenheit auf den Schlachtfeldern allmählich an sich zu reißen hoffen, sondern daß sie uns alsdann auch einen Frieden diktieren werden, der die Lebensinteressen des deutschen Volkes nach jeder Richtung hin gefährdet. Die Kosten dieses verbrecherischen Treibens fallen demnach nicht nur auf die an der Front stehenden deutschen Soldaten, sondern auf das gesamte deutsche Volk, insbesondere auf die Arbeiterschaft zurück.

Der Krieg aber wird durch ein derartiges Verhalten um keinen Tag abgekürzt. Er wird im Gegenteil nur verlängert. Wir halten es für notwendig, auf diese Dinge aufmerksam zu machen. Wir ersuchen unsere Mitglieder, allen derartigen Versuchen sofern solche an sie herantreten, energisch entgegenzutreten, sofort aber auch ihnen zur Kenntnis gelangende Materialien, die die vom Wolffschen Telegraphenbureau gekennzeichnete Absicht erstreben, der zuständigen Verbandsleitung mitzuteilen. Mit aller Entschiedenheit muß derartigen Beutungen von vornherein entgegengetreten werden. Es geht um außerordentlich Großes, und wir wollen nicht diejenigen sein, die durch schwächliche Nachsicht die Interessen des deutschen Volkes gefährden lassen. Für jeden Deutschen gibt es jetzt nichts anderes, als seine Pflicht zu erfüllen, um die Absichten unserer Feinde, so wie sie bei der Ablehnung unserer Friedensanträge zutage getreten sind, zu Boden zu schlagen.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier Andreas Müller, Mitglied der Zahlstelle Hannover; Heinrich Schütte, Mitglied der Zahlstelle Nordkirchen; Unteroffizier Roman Häntker, Mitglied der Verwaltungsstelle Posen; Jos. Wöltinger, Mitglied der Zahlstelle Essen; Maurer; August Drums, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin.

Evangelische Sevetarwoche 1917 in Bielefeld. Vom 23. bis einschließlich 26. September findet wie alljährlich in Bielefeld ein sozialer Kursus für die evangelischen Berufsarbeiter und -arbeiterinnen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung statt. Das Programm der Tagung lautet: 1. Die deutsche Kriegsbeschädigtenfürsorge. Referent Georg Streiter; 2. a) Kirche, b) Schule, c) Kirche und Schule. Referent Pastor Jaeger, Bielefeld; 3. a) Politische Neuorientierung, b) soziale Neuorientierung. Referent Fritz Voltrusch; 4. a) Uebergangswirtschaft; (Industrie-Umstellung); b) Uebergangswirtschaft (Heresauslösung). Referent Franz Schüss; 5. a) Monopolfrage in sozialer Hinsicht; b) Monopolfrage in technischer Hinsicht. Referent Carl Meyer. — Den einzelnen Vorträgen wird sich eine etwa zweistündige Beratung und Besprechung anschließen. Die näheren Bedingungen zur Teilnahme an der Sevetarwoche sind durch die Sevetarstelle in Bielefeld zu erlangen.

Evangelisch-sozialen Schule e. V. zu Biefeseld, Ultersloher Straße 45, zu erhalten.

Arbeitervertretung im Beirat für Uebergangswirtschaft. In den Beirat des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft ist als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordnete Franz Behrens berufen worden.

Gute Zuckereubenernte in Aussicht. Die reichen Niederschläge der letzten Wochen im Verein mit der warmen Witterung haben auf die Entwicklung der Rüben einen außerordentlich günstigen Einfluß gehabt. Auch in solchen Gegenden, wo im Beginn des Sommers starke Trockenheit geherrscht hatte, hat die günstige Witterung der letzten Zeit einen Ausgleich herbeigeführt, so daß nahezu aus allen Rübenbaugebieten des Reiches die Nachrichten über die Entwicklung der Wurzeln sehr zufriedenstellend lauten. Wenn das Wetter weiterhin günstig bleibt, ist mithin auf eine gute Zuckereubenernte zu rechnen, die vielleicht einen wesentlichen Teil der durch den Rückgang im Anbau verursachten Mindererzeugung wieder ausgleicht. Diese Hoffnung berechtigt aber nicht zu der Annahme, daß infolge einer gesteigerten Zuckereubenerzeugung in der Versorgung der Bevölkerung eine nennenswerte Minderung eintreten wird, denn bekanntlich stellt die Kriegsnote an unsere Zuckerwerke besondere Ansprüche, die eine Beschränkung des Verbrauchs für die Ernährung unvermeidlich machen. Entsprechend der Erhöhung der Zuckereubenernte bekommen wir trotz der in Aussicht stehenden guten Ernte eine Verteuerung des Zuckers.

Verlängerung der Amtsdauer der Gewerbegerichtsbeisitzer. Durch eine Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers vom 12. Juli 1917 wird die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Sanierungsschiedsgerichte bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes verlängert. Der Zeitpunkt, mit welchem der Kriegszustand als beendet anzusehen ist, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.

Die stärkere Schweineabchlachtung kommt. Zur stärkeren Abnahme von Schweinen hat das Kriegsernährungsamt die Landesfleischämter ermächtigt, Ferkel und Säuglingschweine in nächster Zeit soviel wie möglich dem Verbrauch zuzuführen. Die Landeszentralbehörden können hierzu die Preise für Käufer bis zu 70 Kilogramm Lebendgewicht um eine Klasse erhöhen und für Ferkel angemessene Preise, soweit nötig, festsetzen. Sie werden auch Hauschlachtungen unreifer Schweine während der Ernte möglichst zulassen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen sonst vorliegen. Fleisch von Spanferkeln bis 30 Pfund Lebendgewicht soll nur zu 1/4 auf die Fleischkarte angerechnet werden; die Landesbehörden können es auch kostenfrei zum Verkauf zulassen. Zweck dieser Maßnahmen ist einmal, den Mangel an Fleisch zu beheben, andererseits zu verhindern, daß die Schweinepreise durch den Mangel an Fleisch zu hoch ansteigen. Die für die Rüstung bestimmten Schweinebestände nicht zu groß werden zu lassen, damit sie nicht im Mißverhältnis zu den erlaubten Futtermitteln stehen.

Vom Unterstaatssekretär zum Aufsichtsratsmitglied. Bekanntlich ist der Unterstaatssekretär Richter aus dem Reichsamt des Innern ausgeschieden worden. Die Arbeitererschaft hat dieshalb keinen Anlaß zur Trauer; denn Herr Richter hat sich zu jeder Zeit als ein starker sozialpolitischer Bremser erwiesen, der insbesondere ein entschiedener Vertreter des wirtschaftlichen Manchesterismus war. Es ist bekannt geworden, daß er der öffentlichen Preisregelung nach Ausbruch des Krieges besonders starken Widerstand entgegensetzte und die Freiheit des Handels verfocht. Wie die Tagespresse mitteilt, wird Herr Richter demnächst in den Aufsichtsrat eines großen oberbayerischen Industriewerks eintreten. Dort ist Herr Richter wohl an seinem richtigen Platz.

So das geschieht am grünen Holz. Die Gemeindeführer entriektete sich vor einigen Tagen über die hamsternen Wadegäste, die für Fischräucherwaren allzu starke Zuteresse zeigten. Es ist gewiß richtig, das Hamstern auf Kosten der Allgemeinheit zu verbieten. Ein Recht zur Entriektung hat jedoch nur derjenige, der nicht selber im Glashause wohnt, aber gewiß nicht die Gemeindeführung von Wilsed, die im „Berliner Tageblatt“ „garantiert reinen Bienenhonig“ je Reutner zu 710 M anbietet, obwohl der Höchstpreis 275-350 M beträgt. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat den erwerbsfrohen Gemeindeführer, der nicht einmal Handelsverlaubnis haben dürfte, natürlich dem Kriegswucheramt empfohlen; aber auch die staatlichen Behörden sollten sich etwas nachdrücklicher mit der kommunalen Versorgungstätigkeit befassen.

Ein sächsischer Eisenbahnerverband. In Sachsen hat sich ein neuer Eisenbahnerverband gebildet. Damit wurde ein langgehegter Wunsch der sächsischen Eisenbahner erfüllt. Seine geographische Lage fällt mit der des Königreichs Sachsen zusammen. Sachsen hat bekanntlich ein selbständiges Eisenbahnministerium wie Bayern. Infolgedessen ist eine Interessenvertretung der Eisenbahner auf nationaler Grundlage am fruchtbringendsten zu gestalten, weil dadurch den Sonderheiten des eigenen Landes ehestens Rechnung getragen werden kann. Der neue Verband hat sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen.

Die Kriegsbente dreier Jahre. Am Ausgang des dritten Kriegsjahres wurde als Kriegsbente festgestellt (bis zum 25. Juli 1917): 12 155 000 000 M. (1916) 12 155 000 000 M.

Am Sonntag, den 26. August, ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Schüsse bzw. Geschosse, 10 640 Munitions- und andere Fahrzeuge, 3216 Proben, 1 655 805 Gewehre, 155 829 Pistolen und Revolver, 8352 Maschinengewehre, 2298 Flugzeuge, 186 Fesselballone und 3 Luftschiffe. Diese Zahlen enthalten nur die nach Deutschland zurückgebrachte Beute, während außerdem eine auch nicht annähernd zu bestimmende Anzahl Geschosse, Maschinengewehre usw. so gleich im Felde in Gebrauch genommen worden ist.

Das Ende einer unappetitlichen Wirtschaft stellt der Beschluß der Reichskartoffelstelle in Aussicht, die Kohlrüben- und Kartoffel- als Ersatzmittel für die Kriegsgesellschaft für Übergangszeit durchzuführen zu lassen. Deren neueste Maßnahmen lassen einen Blick in Vorgänge tun, die anscheinend leider ungeführt bleiben sollen. Denn es ist keine ausreichende Sühne, wenn man in Zukunft nur diejenigen Zuckereubenernte zur Kohlrüben- erzeugung zuläßt, die sich verpflichten, ein taubes, zur menschlichen Ernährung brauchbares Fabrikat herzustellen. Bei den übrigen hat sich nämlich herausgestellt, daß die von ihnen hergestellten Kohlrüben zum größten Teile nicht zur menschlichen Ernährung geeignet waren. Deshalb werden sie jetzt, wie der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen kürzlich nachwies, gemahlen und in Brot verarbeitet. Weidmännisch ist auch, daß die Döringemühle-Kriegsgesellschaft jetzt noch bestimmen muß, was sie als ein taubes Fabrikat anstellt. Sie verlangt nämlich, daß die Kohlrüben sauber gewaschen und geschält, daß framer anhaftende Wäpfe und alle angekauften Stellen durch Nachputzen beseitigt werden, daß das Fabrikat eine gesunde, helle Farbe zeigt und frei von verrotteten Stellen und Beimischungen von Sand und Flugsand ist. Das alles müßte eigentlich selbstverständlich sein. Leider aber muß darauf hingewiesen werden, daß im Vorjahre nicht nur Kohlrüben, sondern auch Möhrchen in einer Weise getrocknet worden sind, die in Friedenszeiten die Fabrikanten vor den Strafgerichten gebracht hätte. Wir erwarten, daß auch hier nunmehr mit Sachkenntnis und unerbittlicher Strenge eingeschritten wird.

Eine Rechtfertigung. Unseren Mitgliedern wird es noch bekannt sein, wie im Jahre 1913 gegen den Zentralvorstand des Christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Schiffer, eine von schweren Verleumdungen strotzende Broschüre verbreitet wurde, die den früheren Angehörigen des obigen Verbandes Möhling zum Verfasser hatte. Möhling war zum „freien“ Textilarbeiterverband übergetreten, und mit Hilfe des letzteren war die Broschüre gedruckt und verbreitet worden. Inzwischen ist nun Möhling gestorben, so daß der gegen ihn schwebende Prozeß nicht hat durchgeführt werden können. Kollege Schiffer hatte aber außer Möhling den sozialdemokratischen Führer Honrath in Vachen, der die Beschuldigungen Möhlings in einem Flugblatt wiederholte, verlegt. Nachdem diesem die Klage zugegangen war, erklärte er sich noch zu Lebzeiten Möhlings bereit, Erklärungen abzugeben, die sich aus der Lage der Sache ergaben. Den Wahrheitsbeweis anzutreten, würde er nicht versuchen. Als ihm kürzlich die Vorladung zum Hauptverhandlungstermin zugeing, schrieb er an Schiffer einen Brief, worin er bat, die Sache vergleichsweise zu erledigen. Zum Verhandlungstermin, der am 27. Juli in Vachen stattfand, kam Kollege Schiffer infolge Zugverpätung zu spät. Inzwischen hatte sich bereits sein Rechtsanwalt auf einen Vergleich eingelassen, worin Honrath die beleidigenden Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwarhaft zurücknimmt und sich zur Tragung der Kosten des Verfahrens bereit erklärt. Dem Privatkläger wurde die Befugnis zugesprochen, den Vergleich auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Mit Rücksicht darauf, daß zwischen den Gewerkschaftsrichtungen während des Krieges ein besseres Verhältnis eingetreten ist und man eingesehen hat, wie schädigend für die Arbeiterfrage der frühere persönliche Kampf gewesen ist, wären wir am liebsten diese Angelegenheit übergangen. Bei der Bedeutung des Falles und auch zur Information unserer Mitglieder hielten wir uns aber für verpflichtet, von dieser Rechtfertigung des Kollegen Schiffer Kenntnis zu geben.

„Saases Danziger Rabaukollone“. Unter dieser Ueberschrift berichtet die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ (Nr. 188), über eine Danziger Versammlung, in der Anhänger der Mehrheits- und Minderheitssozialdemokraten sich gegenüberstanden. Kaum hatte Bartel (Referent der Mehrheit d. S.), die ersten Worte mit Bezug auf den blutigen Ernst der Zeit und die allgemeine Friedenssehnsucht gesprochen, als das organisierte Gröhlen der „unabhängigen“ Kulturträger einsetzte. So wiederholte es sich von Zeit zu Zeit mit frivolem Jhndismus. Alle Töne des Stalles, der Rohheit, maßlose Beschimpfungen, wiederholte Beschimpfungen der geistigen Waffen dieser Unvernünftigen. Die widerlichsten Rabaukollone der Antisemiten waren ein Genuß gegen die Nichtswürdigkeiten dieser Leute, die vielfach jüdischen Führern folgen. Gegenüber dem Organ und der Schlagfertigkeit Bartels war aber alle Mühe vergebens. Er zwang auch die lautesten Rabaukollone in den Raum seiner Rede. Der hitzige Protest unserer Genossen drohte mehr als einmal mit den Rabaukollone Straß zu reden. Die Versammlungsleitung übte eine schon nicht mehr zu verantwortende Toleranz. Der überwachende Polizeikommissar erhob ein einziges Mal, als der wilde Standal zu stark wurde, Widerspruch gegen das jehamlose Treiben. Auf den Einspruch Bartels überließ er diesem die Abrechnung mit den Rabaukollone des Herrn Saase. Durch die Zwischentritte gestaltete sich das Referat

zu einer wahren Vernichtung der volks- und friedensfeindlichen „Politik“ der „Unabhängigen“. Stolz rief schließlich einer von ihnen, als B. die mehrfachen Einigungswünsche erwähnte, daß die Unabhängigen sich lieber mit den Konservativen als mit der Sozialdemokratie verständigten!

Dem Frieden entgegen

So schwer auf uns allen auch die Last des Krieges ruht, und so sorgenvoll unser Dasein augenblicklich ist — eine Freude ist uns doch allen gemeinsam, und die bereitet uns jedesmal unser Admiraalstab, wenn er regelmäßig täglich die neuen U-Boots-Erfolge bekannt gibt. An den U-Booten und ihren unergleichlich tapferen Besatzungen hängt das Herz des ganzen Volkes. Sie nagen unaufhaltsam an der Widerstandskraft unserer mächtigsten Feinde, bis sie bricht. Unsere Friedenshand haben die Feinde übermütig ausgeklagt. Nun gut, unsere U-Boote werden sie zum Frieden zwingen. Keine sicherere Gewähr für den Frieden als eine erfolgreiche U-Boot-Tätigkeit! Jeder Tag bringt uns ihm näher.

Erwarten wir so von unseren U-Booten und U-Bootbesatzungen, daß sie den Frieden erzwingen werden, dann dürfen und wollen wir sie aber auch um keinen Preis im Stich lassen. Nur um uns den Frieden zu bringen, beruhten jene ja ihr gefährvolles Vernichtungswerk. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß der U-Boot-Erfolg ein immer größerer wird, daß unseren Selben Betriebsstoffe und Munition nicht ausgehen. Das kostet Geld, und wieder hat in einer bewundernswürdigen Sommertagung der Reichstag einen 15-Millarden-Kredit bewilligt. Es wird also in Kürze wieder an uns der Ruf ergehen, Kriegsanleihe zu zeichnen.

Trotz der günstigen Zeichnungsbedingungen verfügen aber viele unserer Leser nicht über die nötigen Mittel, um sich gleichfalls an den Zeichnungen beteiligen zu können. Alle diese wird es gewiß interessieren, daß unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung genau wie bei der letzten, so auch bei der bevorstehenden siebenten Kriegsanleihe die so überaus vorteilhafte Kriegsanleiheversicherung zu unterstützen gedenkt. Sie vereint nicht nur das Angenehme mit dem Nützlichen, sondern auch das Nützliche mit dem Notwendigen. Wer nämlich von dieser Zeichnungsmöglichkeit Gebrauch macht, schließt gleichzeitig eine Versicherung nach Tarif II der Volksversicherung auf den Todes- oder Erlebensfall ab, und zahlt deshalb bei der Zeichnung nur ein Viertel der Zeichnungssumme in bar. Die Zinsen dieses Viertels werden dem so Versicherten durch Kürzung der an sich schon sehr mächtigen monatlichen oder vierteljährlichen Versicherungsbeiträge vergütet.

Sobald die neue Kriegsanleihe ausgeschrieben wird, werden wir auch die näheren Bedingungen dieser Kriegsanleiheversicherung bekanntgeben. Wer zeichnen oder mitarbeiten will, möge schon jetzt seine genaue Adresse angeben unserer Generalrechnungsstelle in Berlin-Friedenau, Fregestraße 61.

Neue Steuerzulage im Holzgewerbe

Nach längeren Verhandlungen wurde im Holzgewerbe folgende Lohnvereinbarung getroffen:

A. Teuerungszulagen.

1. Alle Lohn- und Akkordarbeiter und -arbeiterinnen erhalten ab 1. August 1917 (einschließlich der am 21. Juli d. Js. vereinbarten Abschlagszahlung) pro Stunde folgende weitere Teuerungszulage:

Table with 6 columns (I-VI) and 2 rows (Arbeiter, Arbeiterinnen) showing wage supplements in Pfennigs.

2. Vorstehende Teuerungszulage erhöht sich vom 15. September 1917 an für alle Arbeiter um 5 Pfennig, für alle Arbeiterinnen um 3 Pfennig pro Stunde und beträgt alsdann für

Table with 6 columns (I-VI) and 2 rows (Arbeiter, Arbeiterinnen) showing wage supplements in Pfennigs.

B. Mindestlöhne.

3. Einschließlich dieser Teuerungszulagen betragen vom 15. September 1917 an die Mindestlöhne pro Stunde für

Table with 6 columns (I-VI) and 2 rows (Arbeiter, Arbeiterinnen) showing minimum wages in Pfennigs.

4. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen ihrer Beschäftigung sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pf. pro Stunde niedriger. Für jugendliche Personen unter 16 Jahren unterliegt die Lohnfestsetzung freier Vereinbarung.

C. Klasseneinteilung.

5. Für die Einteilung der Orte in die einzelnen Tarifklassen gilt die am 10. November 1916 vor dem Reichsamt des Innern getroffene Vereinbarung. Eine neue Klasseneinteilung der Städte unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen wirtschaftlichen und industriellen Lage soll auf der Grundlage der vor dem Kriegsanleihe verhandelten Vorlage bei der Erneuerung der bestehenden Tarifverträge rechtzeitig vorgenommen werden.

D. Montagegeld.

6. Die Entschädigung für Montagearbeiten mit Uebernahmen wird um 1,50 M für den Tag erhöht und

ber Maßgabe, daß der Mindestsatz 5,50 M für den Tag einschließlich des Sonntags beträgt.

Das wichtigste an dieser Vereinbarung ist die Erhöhung der bisherigen Feuerungszulage um 10 bis 25 Pfennig pro Stunde, ferner, daß die bisherigen Vertragslöhne für Mindestlöhne erklärt wurden.

Verbandsnachrichten

Rhein am Rhein. (Verwaltungsstellen-Halbjahresbericht.) Die recht erheblichen Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, die gewaltigen Preiserhöhungen der Materialien und der Mangel an Arbeitskräften schränken die Bautätigkeit, je länger der Krieg dauert, naturgemäß mehr und mehr ein. Im Spätherbst vorigen Jahres wurde durch behördliche Maßnahmen die private Bautätigkeit ganz eingestellt. Die Bautätigkeit in der Baubauzeit erstreckt sich daher nur auf die sogenannten Kriegsbauten. Zu Hunderten sind die Kollegen, darunter sehr viele vom Wehrdienst reklamierte, an diesen Bauten beschäftigt. Die Stellung der Reklamanten, die meistens nur für bestimmte Baustellen freigegeben sind, des weiteren die Wirkungen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes verursachen, daß die Kollegen entweder am Orte der Baustelle Wohnung nehmen müssen oder durch längere Bahnfahrten täglich zu ihrem Wohnorte zurückkehren können. Im letzteren Falle sind die Kollegen vielfach täglich 14-18 Stunden unterwegs. — Diese durch den Krieg bedingten Arbeitsverhältnisse und die stetig steigende Feuerung aller Lebensnotwendigkeiten veranlassen die Kollegen, im Dezember vorigen Jahres Lohnforderungen an die Arbeitgeber zu stellen. Das Ergebnis der mit dem Arbeitgeberverband geführten Verhandlungen war, daß anstatt einer Erhöhung der Stundenlöhne eine sogenannte Auslösung gewährt wurde. Es wurde am 24. Januar eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung getroffen, die zunächst für 12 industrielle Werke maßgebend war. In einer am 8. März stattgefundenen Sitzung der Tarif-Schlichtungskommission wurde ein Beschluß gefaßt, daß diese Vereinbarung an allen Baustellen im Lohngebiet Köln Geltung haben sollte. Es erhielten die verheirateten Kollegen, die einen doppelten Haushalt zu führen haben, also am Orte der Tätigkeit in Logis gehen müssen, sowie diejenigen, die mindestens 1,20 M Fahrgehalt für die Wochenkarte auszuwenden haben, zu den Tariflöhnen 9 M, die am Orte oder in nächster Umgebung Wohnenden 4,50 M und die Junggesellen 3 M die Woche. Diejenigen Ledigen, welche gemäß behördlicher Bescheinigung Angehörige unterliegen, sind den Verheirateten gleichgestellt. Die vorausgelegten Fahrgehalte für die Wochenkarte bis zu 2,50 M sollen erstattet werden. — Recht viele Schwierigkeiten hatte die Durchführung dieser Vereinbarung im Gefolge, und in unverantwortlicher Weise brachten oft Bauführer Auslösung und Fahrgehalte in Abzug, weil Kollegen aus wichtigen Vorkommnissen vielfach nur einige Stunden von der Arbeit fortbleiben mußten. Auch jetzt noch kommen fortwährend Klagen über schändliche Handhabung dieser Vereinbarung. Die Höhe der Auslösungen wurden am 1. Juli auf 10,50 M 5,25 M und 3,50 M erhöht. Die Spezialbetriebe der Eisenindustrie, der Maschinen- und der Zugschleifer sollten, wie erst am 15. Mai festgestellt wurde, diese Auslösungen nicht erhalten. — Die am 27. April eintretende Lohnerhöhung wurde ohne Beanstandung allenthalben gezahlt. Jedoch den Vorarbeitern und Polieren sowie den jugendlichen Kollegen zahlt man heute diese Lohnerhöhung noch nicht überall. Der Arbeitgeberverband hatte an seine Mitglieder geschrieben, daß nur für die zu Tariflöhnen arbeitenden Arbeitnehmer die Erhöhung der Löhne erstattet werde. Inzwischen ist es unseren Bemühungen meistens gelungen, hierin Besserung zu schaffen, so daß mit wenigen Ausnahmen an allen Baustellen auch die jugendlichen, die Vorarbeiter und Poliere diese Aufbesserung des Lohnes ebenfalls erhalten. Anders verhält es sich mit denjenigen ausländischen Bauarbeitern, die teils aus den besetzten Gebieten (Belgien und Polen), teils Italiener sind. Die Unternehmer weigern sich vielfach, diesen Bauarbeitern dieselben Löhne zu zahlen wie den deutschen Kollegen. Eine endgültige Regelung steht diesbezüglich noch aus. Die Lohnverhältnisse waren vielfach schon überholt, aber die Kollegen erhielten nur noch geringe Aufbesserungen. So wurde für die Bauten der Militärbaubauamt Köln I und Köln II auf Schießplatz Bahn und in Köln-Langerich und in Rippes schon Mitte März der Lohn der Zimmerer auf 1 M, der für Maurer, Einschaler, Zementstreuer, Verputzer auf 95 Pf. und der für Hilfsarbeiter auf 85 Pf. vereinbart. Hinzu kamen die Höhe der Auslösungen, und außerdem wurde vereinbart, daß in Bahn zwei Stunden, in Köln-Langerich eine Stunde und in Rippes eine halbe Stunde täglich für die Begeizt vergütet wurde. — Da die Anforderungen an die Lebenshaltung sich noch stetig steigern, und da andererseits die Aufbesserungen der Auslösungen ab 1. Juli eine nur ganz geringe ist, fordern neuerdings die Kollegen der Hauptbetriebe eine allgemeine Vergütung der Begeizt, und zwar für die entlegeneren Baustellen zwei Stunden und für die nähergelegenen Baustellen eine Stunde täglich, dazu eine Vergütung des Mittagessens von 1,50 M. Der Arbeitgeberverband, dem diese Forderungen am 2. August mitgeteilt wurden, teilte mit, daß er zu den Forderungen Stellung nehmen und diesbezügliche Mitteilung machen werde. — Die Statutenreue bezieht sich hauptsächlich auf die mit ihren Arbeitgebern zu einer Einigung in der Lohn- und Auslösungfrage zu kommen, jedoch ohne Erfolg. Und so mußte es leider an den Bauten des Wehrdienstes in Verbindung mit Arbeitsstellen kommen, die für die in diesem Zusammenhang erwähnten Kollegen sehr nachteilig war. Die Statutenreue von 1 M auf 1,20 M pro Stunde. Diesbezügliche Verhandlungen für die Hauptbetriebe sind jetzt noch nicht zum Abschluß gelangt. — Die Zahl der Kollegen, die gegen Ende März...

stattdessen, um 10 Pf. nebst sonstigen Verbesserungen des Tarifes erhöhen. Der Mindestlohn beträgt ab 1. April 84 Pf. und 20 Pf. Feuerungszulage. — Zur Plattengerwerbetage eine Sitzung des Einigungsamtes, und wurde vereinbart, daß baldmöglichst noch gegen Ende August in Düsseldorf Verhandlungen zwecks Erneuerung des Tarifes stattfinden sollen. Bis dahin werden die hiesigen Stundenlöhne auf 1,30 M erhöht. In Bremen bei Rathenow erhalten die Kollegen der Firma J. Klutmann, Köln, 1,65 M Stundenlohn. Hierin ist die Kostvergütung einbezogen. — Im Tiefbaugewerbe konnte der langgehegte Wunsch der in diesem Gewerbe beschäftigten Kollegen verwirklicht werden, daß die Löhne im Tiefbaugewerbe mit den Löhnen des Hochbaugewerbes gleichgestellt wurden. Es wurde ein diesbezüglicher Nachtrag zum Tarif vereinbart. Ebenso werden die Auslösungen wie im Hochbaugewerbe gewährt. Von großer Wichtigkeit ist, daß die Orte Troisdorf, Alsdorf, Siegburg, Knapsack, Worringen, Dormagen, Fortuna-grube, Matinwerk, Quabrath, Wahn und Esfwerk in Grevenbroich in bezug auf Lohnhöhe während des Krieges behandelt werden wie Köln. Dieses gilt für alle Bauberufe. — 919 Neuaufnahmen sind das Ergebnis der Agitation in der Baubauzeit. Es ist dieses ein erfreuliches Resultat und der unermüdbaren Aufklärungsarbeit der Kollegen an den Baustellen zu danken. Viele frühere Mitglieder, die während des Krieges dem Verbands untreu geworden waren, fanden den Weg zurück zur Organisation. — Es wurde schon mehrfach auch in der „Baugewerkschaft“ Klage darüber geführt, daß Kollegen, die aus dem Felde zurückkehrten, also die Reklamanten, wenig Interesse mehr für den Verband zeigten. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Gerade die reklamierten Kollegen sind es, die keine Mühe und Arbeit scheuen, die dem Verbands noch fernstehenden für denselben zu gewinnen. Diese Kollegen holen die Beiträge ein, sie sind in den Arbeiterausschüssen und Lebensmittelskommissionen tätig, kurzum, wo es die Interessen der Kollegen und des Verbandes zu wahren gilt, da stellen die reklamierten Kollegen sich ganz in den Dienst der Sache. Dieses be-

Selbst bei ausgiebigster Ausnutzung unserer Landwirtschaft müsse immer noch für ein Drittel der Bevölkerung Ertrag beschafft werden. Wie sich dieser Ertrag abwidert, und welche wichtige Rolle die Industrie hierbei spielt, wurde eingehend beleuchtet. Darauf kam Redner auf die Anstrengungen zu sprechen, die England unternommen hat, um Deutschlands Weltwirtschaft zu schädigen. Als letztes Mittel erlebten wir die Einkreisung, die zum Krieg führte und ihre Fortsetzung finden soll in einem heimlichen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland. Hierbei entsteht die große Frage, ob sich der Haß der Feinde durchsetzen oder ob sich das „Gesetz der Zweckmäßigkeit“ als stärker erweisen wird. Letzteres wäre mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, weil die weltwirtschaftlichen Beziehungen allzu sehr auf Naturnotwendigkeiten beruhen. Aber auch die Sprache des Hasses, welche die Feinde führen, ist nicht ganz außer acht zu lassen. Jedenfalls wird der Weltkrieg auch auf wirtschaftlichem Gebiete — besonders für England und Deutschland als Hauptgegner — Umgestaltungen ohnegleichen bringen; ob für uns zum Vorteil oder Nachteil, wäre letzten Endes vom endgültigen Ausgang des Krieges abhängig. Der reiche Beifall zeigte dem Redner, mit welchem Interesse die Versammelten seinen Ausführungen gefolgt waren. Der Vorsitzende, Koll. Müller, dankte dem Redner nochmals im Namen der Versammlung für die lehrreichen Ausführungen und ersuchte die Mitglieder, immer recht zahlreich die alle Monate stattfindenden Versammlungen zu besuchen.

Bücherschau

Un die Arbeiter der neutralen Länder wendet sich eine im Verlag von Karl Siegismund, Berlin 1917, erschienene Schrift, verfaßt von einem deutschen Arbeiter in Belgien. Im Namen der Gerechtigkeit und Wahrheit erhebt der Verfasser Einspruch gegen die maßlosen Verleumdungen und wahrheitswidrigen Verdächtigungen, welche gegen die deutsche Verwaltung in Belgien in bezug auf die Behandlung der belgischen Arbeiter erhoben wurden. Die Schrift gibt die gebührende Antwort auf ein Pamphlet, das angeblich von belgischen Arbeitern in Belgien, in Wirklichkeit aber von politischen Spionen außerhalb Belgiens verfaßt und verbreitet und worin behauptet wurde, Deutschland habe Belgien ein „Martyrium“ bereitet, das Land in ein „Gefängnis umgewandelt“ und das Leben der belgischen Bürger einer „politischen Politik“ unterstellt, die keine Schranken und kein Mittel kennt. Diese gemachten Verleumdungen werden in der vorliegenden Schrift der Reihe nach mit stichhaltigen Beweisgründen widerlegt. Es wird gezeigt, wie die deutsche Verwaltung in Belgien eine großzügige soziale Politik getrieben und insbesondere das Los der belgischen Arbeitergesellschaft zu erleichtern versuchte. Wie insbesondere die Bekämpfung der teils gezwungenen, teils aber auch freiwilligen Arbeitslosigkeit von der deutschen Verwaltung in Angriff genommen wurde. Der zweite Teil der Broschüre gibt eine Reihe von Briefen belgischer Arbeiter und Arbeiterinnen aus Deutschland wieder, worin sie über ihre Erfahrungen und Behandlung in Deutschland nur Günstiges zu berichten wissen. Hier wird durch belgische Bürger das Gegenteil von dem behauptet, was an Lügen und Verdächtigungen seitens der Feinde über die Behandlung der belgischen Arbeiter in Deutschland kolportiert wird. Die Schrift kann in beschränkter Anzahl durch den christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln, Venloer Wall 9, von Interessenten bezogen werden.



Es starb den Heldentod fürs Vaterland:

Jos. Grimm. Verwaltungsstelle Berlin.
Georg Engelhardt.
August Otto. Zahlstelle Hannover, Maurer.
Philipp Manegold. Zahlstelle Hannover, Bauarbeiter.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Es starben unsere Mitglieder beim Baunfall in Grevenbroich: **Jos. Niefen** aus Düren, **Jos. Herold** aus Oberfell und **Theob. Görs** aus Dientkirchen.
Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Ehre ihrem Andenken!

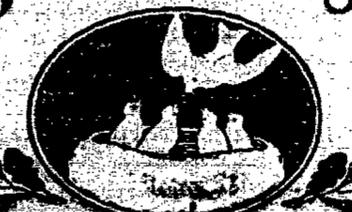
rechtigt zu den besten Hoffnungen für den Verband nach dem Kriege. Es kann ja auch kaum anders sein, denn wenn es es jemals mehr und eindringlicher zum Bewußtsein gekommen, was eine gutgefügte Organisation vermag, als dem im Felde gestandenen Kollegen? — Nur aus dem Grunde ist das deutsche Heer unüberwindlich, weil es in seiner Gesamtheit, als auch in seinen einzelnen Truppenteilen die beste Organisation ist. — Gerne und dankbar erkennen wir an, daß auch zahlreiche Kollegen, die über das militärpflichtige Alter hinaus sind, wertvolle Arbeit für den Verband leisten. — Unser Verwaltungsstellenleiter Kollege Day ist seit dem 12. Juli zum Wehrdienst eingezogen. Unser Zentralvorstand, Kollege Wiebeberg, sagte in einer im Oktober hier selbst stattgefundenen Verwaltungsstellenversammlung: „Wenn alle Angestellten eingezogen werden, müssen die in Arbeit stehenden Kollegen den Verband aufrecht und lebensfähig erhalten.“ — Die Kölner Kollegen werden dieses ganz gewiß tun. — Die Kassenentwicklung gestaltete sich ebenfalls günstig, und steht zu erwarten, daß diese gute Entwicklung auch im zweiten Halbjahre anhält. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen 19.160,80 M.; die Ausgaben an Krankengeld waren 1506,25 M., an Sterbegeld 356 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 7385,62 M., die Ausgaben 6156,14 M., bleibt ein Kassenbestand für das nächste Vierteljahr von 229,48 M. — Erfreulich ist, daß endlich der Tiefstand des Verbandes überwunden ist, und wir uns wieder auf der aufsteigenden Linie befinden. Der gute Geist unter den Kollegen bürgt dafür, daß diese günstige Entwicklung anhält.

Polen. Das hiesige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hielt am Dienstag, den 7. August d. J. im Hotel „Deutsches Haus“ seine Monatsversammlung ab. Herr Oberpostsekretär Weger hielt einen recht interessanten und zielgemäßen Vortrag über Weltwirtschaft. In seinen außerordentlich interessanten Ausführungen stellte der Redner u. a. die Geschichte und den Umfang der Weltwirtschaft dar, zeigte dann vor allem Englands weltwirtschaftliche Stellung und das internationale Wirtschaftswesen in der weltwirtschaftlichen Welt. Er sprach über die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft abhängig davon, wieviel wir zur Erzeugung im geschäftlichen Krieg...

Bekanntmachung

Bekanntmachung der Redaktion.
Bei allen Mitteilungen zur Veröffentlichung in der „Baugewerkschaft“ über gefallene oder gestorbene Kollegen sowie über solche, die das Eisenerz erhalten haben, ist stets der Vorname mit anzugeben, da sonst Verwechslungen und Verächtigungen unvermeidlich bleiben. Da in letzter Zeit in zunehmendem Umfang der Vorname nicht angegeben war, des hohen Postos wegen eine Rückfrage aber nicht angängig ist, muß in Zukunft die Veröffentlichung unterbleiben, wenn diese Angabe nicht gleich erfolgt. Außerdem bitten wir die Namen so deutlich wie möglich zu schreiben, um Rückfragen überflüssig zu machen.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung

des

Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands